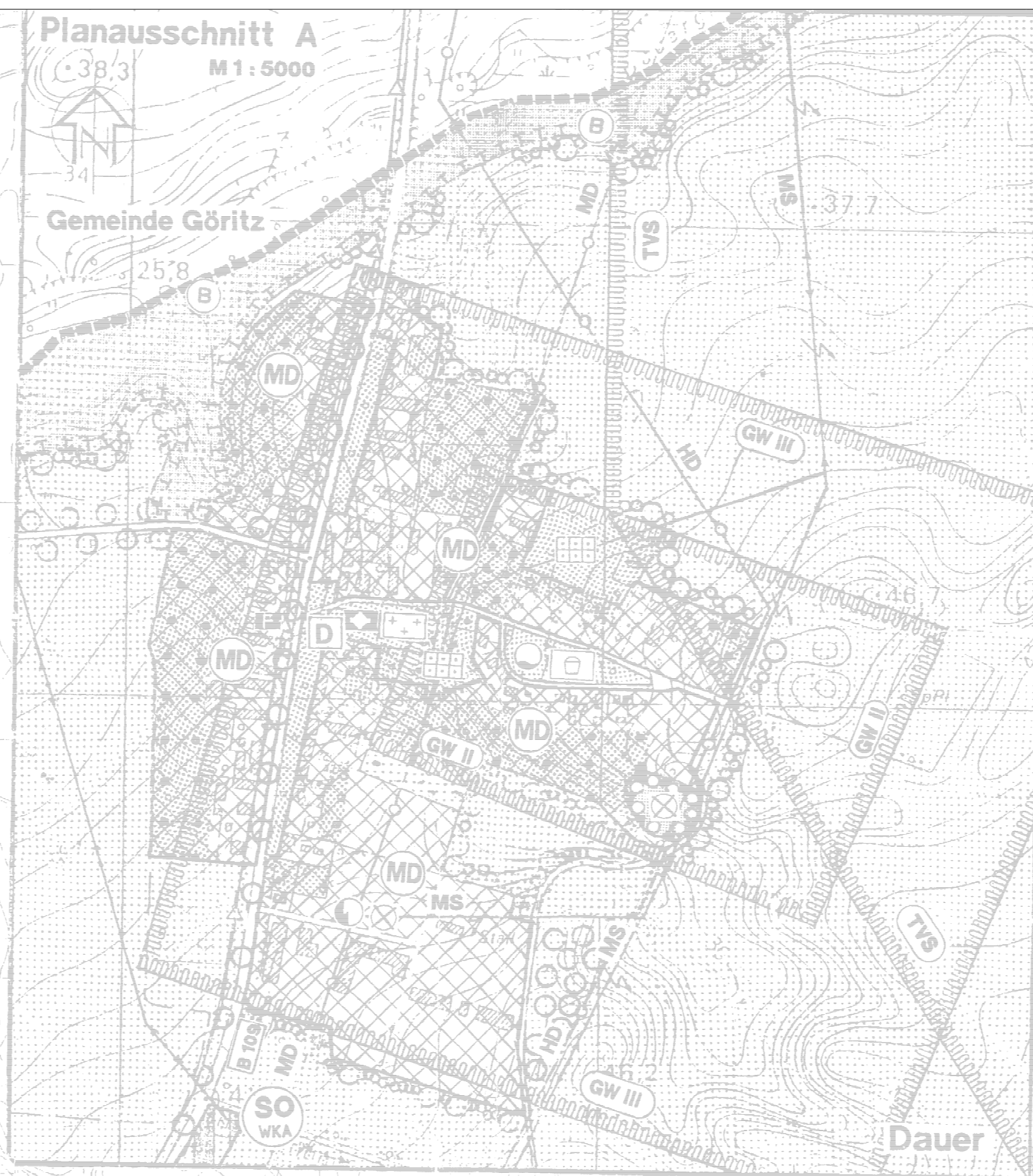
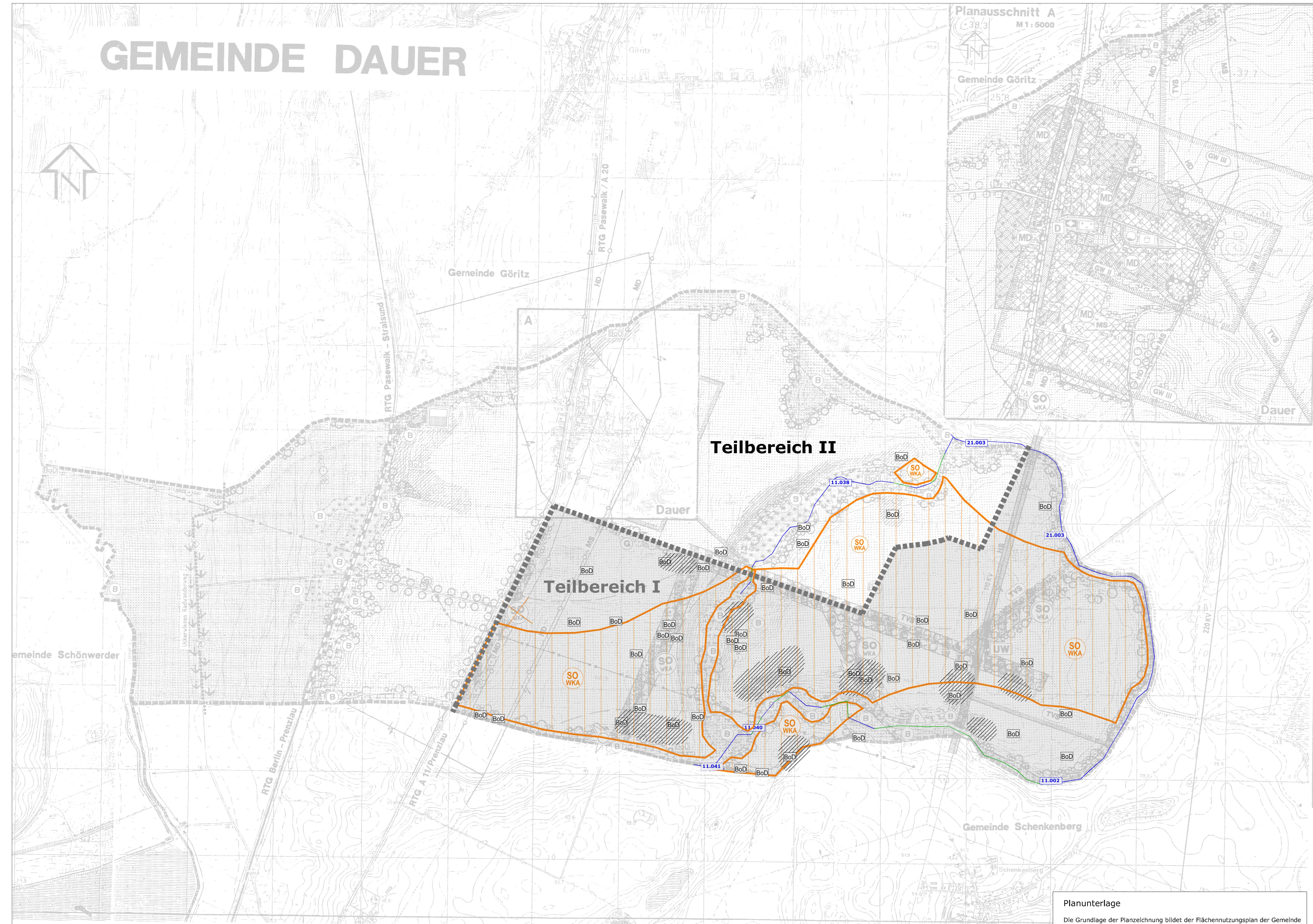


2. Änderung des Teil- Flächennutzungsplans der Stadt Prenzlau, Ortsteil Dauer / Teilbereich II; 2. Entwurf; März 2016



ZEICHENERKLÄRUNG Ursprungs-Flächennutzungsplan 1999

I. Darstellungen nach Planzonenverordnung

in der Fassung vom 18.12.1990 veröffentlicht im BGBl. I, S.56, am 22.01.1991

Planzeichen	Inhalt	gemäß	7. Flächen für die Landwirtschaft und für Wald	§ 5 Abs.2 Nr.9 und Abs.4 BauGB
[Symbol]	1. Art der baulichen Nutzung	§ 5 Abs.2 Nr.1 BauVO § 5 BauVO	Flächen für die Landwirtschaft	
[Symbol]	2. Flächen und Objekte des Gemeindeforts	§ 5 Abs.2 Nr.2 und Abs.4 BauGB	Flächen für Wald	
[Symbol]	3. Flächen für den oberirdischen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrsstraßen	§ 5 Abs.2 Nr.3 und Abs.4 BauGB	8. Flächen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft	§ 5 Abs.2 Nr.10 und Abs.4 BauGB
[Symbol]	4. Flächen und Anlagen der Stadtlandschaft	§ 5 Abs.2 Nr.4 und Abs.4 BauGB	Umgrenzung von Flächen für Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft	§ 5 Abs.2 Nr.10 und Abs.4 BauGB
[Symbol]	5. Grünflächen	§ 5 Abs.2 Nr.5 und Abs.4 BauGB	Ausgleichsmaßnahmen	
[Symbol]	6. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft	§ 5 Abs.2 Nr.7 und Abs.4 BauGB	bestehende Hecken	
[Symbol]	7. Wasserflächen / Seen, Teiche		geplante Hecken	
[Symbol]	8. Schutzgebiet für Grund- und Quellwassergewinnung		bestehende Allee	
[Symbol]	9. bestehende Wasserschutzzone II		geplante Allee	
[Symbol]	10. bestehende Wasserschutzzone III		Biotope	
[Symbol]	11. Trinkwasserversorgungsgebiet		geplante Kopfweiden	
[Symbol]	12. Trinkwasserversorgungsgebiet		9. Stadterhaltung und Denkmalschutz	§ 5 Abs.4 BauGB
[Symbol]	13. Trinkwasserversorgungsgebiet		4. Flächen und Anlagen der Stadtlandschaft	§ 5 Abs.2 Nr.4 und Abs.4 BauGB
[Symbol]	14. Trinkwasserversorgungsgebiet		Zweckbestimmung	
[Symbol]	15. Trinkwasserversorgungsgebiet		Elektrizität / Trasse	
[Symbol]	16. Trinkwasserversorgungsgebiet		Wasserwerk	
[Symbol]	17. Trinkwasserversorgungsgebiet		Pumpstation / Reglerstation	
[Symbol]	18. Trinkwasserversorgungsgebiet		Umspannwerk	
[Symbol]	19. Trinkwasserversorgungsgebiet		Strom	HS-Hochspannung MS-Mittelspannung
[Symbol]	20. Trinkwasserversorgungsgebiet		Gas	HD-Hochdruck MD-Mitteldruck
[Symbol]	21. Trinkwasserversorgungsgebiet		Erdfüllung	
[Symbol]	22. Trinkwasserversorgungsgebiet		Fernmeldeleitung	
[Symbol]	23. Trinkwasserversorgungsgebiet		5. Grünflächen	§ 5 Abs.2 Nr.5 und Abs.4 BauGB
[Symbol]	24. Trinkwasserversorgungsgebiet		Grünflächen	
[Symbol]	25. Trinkwasserversorgungsgebiet		Kleingärten	
[Symbol]	26. Trinkwasserversorgungsgebiet		Spielplatz	
[Symbol]	27. Trinkwasserversorgungsgebiet		Friedhof	
[Symbol]	28. Trinkwasserversorgungsgebiet		6. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft	§ 5 Abs.2 Nr.7 und Abs.4 BauGB
[Symbol]	29. Trinkwasserversorgungsgebiet		Wasserflächen / Seen, Teiche	
[Symbol]	30. Trinkwasserversorgungsgebiet		Schutzgebiet für Grund- und Quellwassergewinnung	
[Symbol]	31. Trinkwasserversorgungsgebiet		bestehende Wasserschutzzone II	
[Symbol]	32. Trinkwasserversorgungsgebiet		bestehende Wasserschutzzone III	
[Symbol]	33. Trinkwasserversorgungsgebiet		Trinkwasserversorgungsgebiet	

II. Sonstige Darstellung

[Symbol]	Ausgrenzung der vergrößert dargestellten Ortsteile
[Symbol]	Fließgewässer (siehe Gewässer II. Ordnung)
[Symbol]	Renaturierung
[Symbol]	Trassenkorridor
[Symbol]	Geotop
[Symbol]	Restloch
[Symbol]	Aussichtspunkt
[Symbol]	Hausgärten/unbebaute Baufläche

10. Sonstige Planzeichen

[Symbol]	Umgrenzung der Flächen für Nutzungsbeschränkungen gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes	§ 5 Abs.2 Nr.6 und Abs.4 BauGB
[Symbol]	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Flächennutzungsplanes (Gemeindegrenzen)	
[Symbol]	Alltagsverdicht	



GESETZLICHE GRUNDLAGE

Ursprungs-Flächennutzungsplan 1999
 Bau- und Raumordnungsgesetz (BauRG) vom 18.08.1997, BGBl. I, 2081 §233 und §243

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I, S.132), geändert durch das Investitionsförderungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I, S.466)

Planzonenverordnung (PlanzV 90) in der Fassung vom 18.12.1990, veröffentlicht im BGBl. I, S. 58, am 22.01.1991

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 12.03.1997 (BGBl. I, S.885), in der Fassung des Gesetzes vom 27.05.1997 (BGBl. II, S.1054)

Brandenburgisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (BbgNatSchG) vom 25.06.1992, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15.12.1993 (GVBl. S.510)

Zeichenerklärung

■ ■ ■ Grenze zwischen Teilbereich I und Teilbereich II

SO WKA Sondergebiet Windnutzung

Gewässer II. Ordnung (aktualisiert durch nachrichtl. Übernahme aufgrund STN Wasser- & Bodenverband "Uckersee" v. 09.12.2013)

blau - offener Grün, grün - Verrohrung

- ### Allgemeine Hinweise
- Auflagen im Bereich der Bodendenkmale**
 Bodendenkmale sind nach BgBodSchG § 1 (1), 2 (1), (3), 7 (1) im öffentlichen Interesse und als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und prägen die Basisstruktur der Kulturlandschaft des Landes Brandenburg geschützt. Sie dürfen bei Bau- und Erdarbeiten ohne vorherige denkmalrechtliche Erlaubnis nicht zerstört werden. Erlaubnis durch Planänderung oder baurechtliche Genehmigung und -im Falle erhaltener Erlaubnis- ohne vorherige fachgerechte Begutachtung und Dokumentation nicht verändert bzw. zerstört werden (BggBodSchG § 1 (3), 4 und 11 (1-3)).
 Alle Veränderungen und Maßnahmen an Bodendenkmalen sind nach Maßgabe der Denkmalschutzbestimmungen durch einmündiges Sachverständigenamt (Dachstuhl) zu dokumentieren (BggBodSchG § 9 (3)). Für die fachgerechte Begutachtung und Dokumentation von betroffenen Bodendenkmalen ist nach BggBodSchG § 1 (3) und 11 (3) die Vertiefung auszuweisen.
 (Hinweis: Landesamt Denkmalpflege, Abt. Bodendenkmalpflege)
 - Auflagen im Bereich der Bodendenkmal-Verwaltungsflächen**
 Alle übrigen Flächen des Geltungsbereichs sind Bodendenkmal-Verwaltungsflächen. In Bereichen, in denen Bodendenkmale begründet vermutet werden, ist eine Prüfung notwendig.
 (Hinweis: Landesamt Denkmalpflege, Abt. Bodendenkmalpflege)
 - Luftfahrrechtliche Zustimmung**
 Für die Errichtung von Windkraftanlagen, die eine Höhe von 100 m über Grund überschreiten, ist eine luftfahrrechtliche Zustimmung nach § 14 Abs. 1 LuftVG erforderlich.
 (Hinweis: Gemeinsames Übersichtsgebiet Berlin-Brandenburg)
 - Entfernungen zur Bundesstraße gemäß Bundesfernstraßengesetz (BFSG)**
 Gemäß § 4 Abs. 1 BFSG besteht bei der Errichtung von 20 m hohen Anlagen im Außenbereich von anderen Fahrbahnbefestigungsrand von Bundesstraßen, ein Vorbehalt für die Errichtung von Hochbauten sowie für Anhaltungen und Abgabenanlagen größeren Umfangs.
 Der § 9 BFSG „Bauliche Anlagen an Bundesfernstraßen“ ist grundsätzlich zu beachten.
 (Hinweis: Landesbetrieb Straßenwesen)
 - Ver- und Entsorgungsleitungen**
 - Oberirdische Ver- und Entsorgungsleitungen**
 Die Sicherstellungsabstände zu Mittel- und Hochspannungsfreileitungen betragen im Minimum den 3-fachen Rotationsradius. Unterbreitungen bis zum 1-fachen Rotationsradius sind zulässig, wenn entsprechende Vereinbarungen zwischen dem Vorhabenträger und den Leitungssträgern getroffen werden.
 In Fällen einer weiteren Unterschreitung des Sicherstellungsabstandes ist eine Verlegung der Freileitung in die Erde auf Kosten des Vorhabenträgers vorzunehmen.
 - Unterirdische Ver- und Entsorgungsleitungen**
 Zu Leitungen und Versorgungsanlagen für die Stadtwerke Prenzlau GmbH ist für weitere bauliche Anlagen im Außenbereich von 20 m Abstand zu bestehen. Überbauten und Überplanungen sind nicht gestattet. Unterbreitungen sind zulässig, wenn entsprechende Vereinbarungen zwischen Vorhabenträger und Leitungssträger getroffen werden.
 Zum Schutz vor dem Mindestabstand (min - Anlage mittig) ist mit den Windkraftanlagen ein Mindestabstand von den 1-fachen der Gesamthöhe der Anlage einzuhalten. Unterschreitungen sind zulässig, wenn eine Gefährdung des Pipelinebetriebes ausgeschlossen werden kann.
 - Telekommunikationslinien**
 Im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans befinden sich entlang der Verkehrsachsen Telekommunikationslinien der Deutschen Telekom AG. In der Regel sind 15 m Abstand zwischen Erdkabelanlagen der Windkraftanlage und der Telekommunikationslinien einzuhalten. Die Bauausführende Teilbauform hat bei Arbeiten im Bereich der Telekommunikationslinien die Deutsche Telekom 14 Tage vor Baubeginn für eine Einweisung zu unterrichten.
 (Hinweis: Deutscher Telekom AG)
 - Gewässer II. Ordnung**
 Innerhalb des Geltungsbereichs verlaufen mehrere Gewässer II. Ordnung (sowohl offen als auch verrohrt) mit den Bezeichnungen 11.002, 11.003, 11.004, 11.005, 11.006 und 21.003 dem Unterbereich Wasser- und Bodenverband „Uckersee“ Prenzlau zugehörig.
 Wesentliche Veränderungen von Anlagen an und an Gewässern sowie Kreuzungen der Gewässer (durch Wege oder Kabel) bedürfen der Genehmigung der Unteren Wasserbehörde.
 (Hinweis: Wasser- und Bodenverband „Uckersee“)
 - Kampfmittel**
 Sofern bei Erdarbeiten Kampfmittel gefunden werden, ist auf § 3 Abs. 1 Nr. 1 der Ordnungsbefreienden Verordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel (Kampfmittelverordnung) für das Land Brandenburg - Kampfmittel vom 21.11.1998, veröffentlicht im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil II Nr. 30 vom 14.12.1998, zu achten. eventuelle Kampfmittel zu beseitigen und deren Lage zu vermerken. Die Beseitigung gemäß § 2 der genannten Verordnung erfolgt der nachstehenden Ordnungsbefreiung über der Polizei (Hinweis: Zentraldienst der Polizei)
 - Radius der Luftverteilung**
 Das Hanggebiet liegt im erweiterten Interessensgebiet (50 km Radius) der Luftverteilungsradaranlage Cöpen. Die Windkraftanlagen dürfen mit ihren dämmelungen- und verschaltungswirksamen Anteilen (Turm, Gondel, Rotorsatz) nur (eines anderen Teiles des Rotorsatz) nicht höher als 225 m über Normalnull errichtet werden. Bei höheren Anteilen bedarf es einer gesonderten Bewertung.
 (Hinweis: Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr)

Gesetzliche Grundlagen – Stand 03/2016

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I, S. 1722)

Baunutzungsverordnung, Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. II, S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 m.W.v. 20.09.2013 (BGBl. I, S. 1548)

Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. September 2008 (GVBl. I/08, Nr. 14), S. 226, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. November 2010 (GVBl. I/10, Nr. 20)

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I, S. 2542), in Kraft getreten am 01.03.2010, zuletzt geändert durch Artikel 21 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I, S. 1474)

Gesetz über den Naturschutz und die Landschaftspflege im Land Brandenburg (Brandenburgisches Naturschutzgesetz - BbgNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Mai 2004, GVBl. I/2004, Nr. 16, S. 350, geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juli 2010 (GVBl. I/2010, Nr. 28) ab dem 1. Juni 2013 ersetzt durch das Brandenburgische Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz

Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchG) vom 21. Januar 2013 (GVBl. I/2013, Nr. 3) zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Januar 2016 (GVBl. I, Nr. 5)

Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz - BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. I/04, Nr. 09), S. 210)

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altstandorten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998, (BGBl. I, S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 101 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I, S. 1474)

Brandenburgisches Altlast- und Bodenschutzgesetz (BbgAltBodSchG) vom 06. Juni 1997 (GVBl. I/97, Nr. 05), S. 60, zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 7 des Gesetzes vom 25. Januar 2016 (GVBl. I/16, Nr. 5)

Erlaß des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz: Beachtung naturschutzrechtlicher Belange bei der Ausweisung von Windmüchungsgebieten und bei der Genehmigung von Windenergieanlagen vom 01. Januar 2011

Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrtdienstrassen vom 26. August 2015, veröffentlicht am 1. September 2015 (BAnz AT 01.09.2015 B4)

Planzonenverordnung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I, S. 58), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I, S. 1509)

Verfahrensvermerke

Die Verfahrensvermerke sind erst für den abschließenden Beschluss von Bedeutung und werden entsprechend im Exemplar für den abschließenden Beschluss ergänzt.

Planunterlagen
 Die Grundlage der Planzeichnung bildet der Flächennutzungsplan der Gemeinde Dauer, der am 16.12.1999 wirksam geworden ist.

Kartengrundlage:
 Topographische Karte M 1:10000
 (Ausgabe für die Volkswirtschaft)
 Stand: 1981
 Höhenbezug: NN

BAUKONZEPT
 HERBOLDSTRASSE 10
 12555 BERLIN

Planverfasser	ENERTRAG Aktiengesellschaft, 17291 Dauerthal Fon +49 (0) 39854 6459-0; Fax +49 (0) 39854 6459-420			Dauerthal, März 2016	
2. Änderung des Teil-Flächennutzungsplans der Stadt Prenzlau, Ortsteil Dauer / Teilbereich II					
DS 43 / 2016					
Anlage 1					
Stand	März 2016	Maßstab	1 : 10.000	Blattgröße	1.370 x 610
Phase	2. Entwurf				